

Dossier „Ökonomie mit Energie“

Ausgabe 30, 2010

- 1. Artikel: Elektroauto nimmt Fahrt auf (03.03.2010)**
- 2. Artikel: Volkswagen: Europas größter Autohersteller setzt sich unter Strom (03.03.2010)**
- 3. Artikel: Hersteller fordern Starthilfe für E-Autos (04.03.2010)**
- 4. Artikel: EU begrenzt Anschubhilfen für Elektroautos (09.03.2010)**

Lange Zeit waren Attribute wie Geschwindigkeit, Komfort und Sicherheit beim Autokauf ausschlaggebend für die Entscheidungen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Im Zuge der öffentlichen Diskussionen um den Klimawandel, sich verknappender Enerieressourcen und eines zunehmenden Bewusstseins bezüglich der Folgen der eigenen Handlungen verändern sich derzeit die Präferenzen der Nachfrager: Immer stärker rücken bei Kaufentscheidungen ökologische Aspekte in den Vordergrund. Darauf wiederum haben die Anbieter zu reagieren, wollen sie sich mittelfristig am Markt halten. Die vielzähligen Präsentationen von Elektrofahrzeugen auf dem Genfer Autosalon 2010 zeugen davon, dass der Wettbewerb in diesem Segment begonnen hat.

Allerdings wird es bis zu flächendeckenden Angeboten dieser Art noch lange Zeit dauern. Aufgrund der hohen Investitionskosten in Forschung und Entwicklung spielen dabei auch staatliche Unterstützungsmaßnahmen eine wesentliche Rolle, wie sie von den Automobilherstellern gefordert, dem europäischen Industriekommissar Tajani aber nur bedingt eingeräumt werden.

Man findet hier ein klassisches ökonomisches Phänomen: Ändern sich die Bedürfnisse der Nachfrager, so haben die Anbieter hierauf zu reagieren, wollen sie sich langfristig an Märkten halten. Die Entwicklung entsprechender Innovationen bedarf allerdings eines längeren Zeitraums. Und da die Verbreitung z. B. von Elektrofahrzeugen gesellschaftlichen Interessen entspricht, kommen auch staatlich implementierte Anreizstrukturen (z. B. in Form von Subventionen) zum Tragen.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Wertschöpfung**“, „**Umweltschutz**“ und „**Energiemix der Zukunft**“

1. *Legen Sie dar, wie sich derzeit die Präferenzen der Autokäufer in den Industriestaaten verändern. Beschreiben Sie, inwieweit insbesondere ökologische Aspekte eine zunehmend bedeutendere Rolle zu spielen scheinen.*
2. *Erklären Sie, weshalb die Anbieter von Kraftfahrzeugen hierauf zu reagieren haben. Stellen Sie dar, wie die Automobilproduzenten konkret reagieren und inwieweit von einem „Wettlauf um das Elektroauto“ gesprochen werden kann.*

3. *Erläutern Sie, weshalb mit einer kurzfristigen Verbreitung von Elektrofahrzeugen nicht zu rechnen ist. Benennen Sie wesentliche Gründe dafür, dass die Entwicklung der innovativen Technologien einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen wird.*
4. *Diskutieren Sie die Sinnhaftigkeit staatlicher Subventionen, beispielsweise im Rahmen des Kaufes von Elektrofahrzeugen. Erschließen Sie ein mögliches staatliches Interesse an der massenhaften Verbreitung derartiger Fahrzeuge.*
5. *Erklären Sie, weshalb die staatliche Förderung des Kaufes von E-Autos dem politischen Handlungsbereich der Prozesspolitik zuzuordnen ist. Ermitteln Sie vergleichbare Maßnahmen in anderen energiepolitischen Feldern und benennen Sie die dort verfolgten Ziele.*

5. Artikel: Stromanbieter verlangen effizienteren Netzbetrieb (05.03.2010)

Das deutsche Stromübertragungsnetz befindet sich in der Kontrolle von vier Unternehmen: Eon, RWE, Vattenfall und EnBW. Derzeit wird diskutiert, wie die Zusammenarbeit der Unternehmen effizienter gestaltet werden kann. Insbesondere kleinere Stromanbieter fordern in diesem Zusammenhang Bemühungen, die zu einer Verringerung der Netznutzungskosten führen könnten. Die Bundesnetzagentur steht diesbezüglich kurz vor einer Entscheidung, während sich die Stromübertragungsnetzbetreiber nicht auf eine einheitliche Vorgehensweise einigen zu können scheinen.

Das Übertragungsnetz stellt ein natürliches Monopol dar, woraus sich einige Probleme für den Markt ergeben. Die Bundesnetzagentur übernimmt hierbei wichtige wettbewerbspolitische Funktionen und hat insbesondere die Aufgabe, die Markteintrittsbarrieren für alle Anbieter von Strom zu minimieren, sprich den uneingeschränkten Zugang zum Netz zu gewährleisten. Hierbei treten jedoch immer wieder Interessenkonflikte zwischen den unterschiedlichen Akteuren auf.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Wettbewerbsstrukturen**“ und „**Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft**“

1. *Erklären Sie am Beispiel der Stromübertragungsnetze den Begriff des „natürlichen Monopols“. Erläutern Sie die wettbewerbspolitischen Herausforderungen, die mit der Existenz eines solchen einhergehen.*
2. *Ermitteln Sie die wesentlichen Aufgaben der Bundesnetzagentur. Erläutern Sie deren Handlungen und Entscheidungsbefugnisse im vorliegenden Fall.*

3. *Fassen Sie die Forderungen der genannten Stromanbieter gegenüber den Netzbetreibern und der Bundesnetzagentur zusammen. Benennen Sie die wesentlichen Ziele, die diese Unternehmen verfolgen.*
4. *Setzen Sie sich mit den unterschiedlichen Interessen der Netzbetreiber auseinander. Legen Sie dar, weshalb sich die Kompromissfindung als schwierig erweist.*

6. Artikel: Energiebranche muss Milliarden in Speicher stecken (08.03.2010)

Zum Ausbau der erneuerbaren Energien bedarf es einerseits der Einrichtung „intelligenter“ Übertragungsnetze, andererseits ist auch die Frage der Energiespeicherung zu klären, um mit den natürlichen Schwankungen von Wind- und Sonnenenergie besser umgehen zu können.

Die Schülerinnen und Schüler haben an dieser Stelle die Möglichkeit, sich zu vergegenwärtigen, dass die Modernisierung unseres Energiemixes mit einer Vielzahl aufwändiger Aufgaben einhergeht. Gleichzeitig lernen sie zukünftige Szenarien einer effizienten Energiegewinnung, -speicherung und -nutzung kennen.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energiemix der Zukunft“**

1. *Erläutern Sie den Zusammenhang zwischen der Förderung erneuerbarer Energien und der Entwicklung bzw. dem Ausbau von Speichermöglichkeiten.*
2. *Legen Sie dar, inwieweit sich hieraus für die Unternehmen neue Geschäftsmodelle ergeben.*
3. *Setzen Sie sich mit dem Zeitfaktor auseinander. Geben Sie die Einschätzung der Deutschen Energieagentur (Dena) hinsichtlich der anzunehmenden Entwicklungsgeschwindigkeit wieder.*
4. *Erörtern Sie das gesamtgesellschaftliche Interesse an unternehmerischen Aktivitäten in diesem Feld. Arbeiten Sie mögliche Formen der staatlichen Unterstützung heraus.*

7. Artikel/Karte: Helgoland setzt auf Windparks im Meer (09.03.2010)

Der Artikel beschreibt die aktuellen Pläne bzgl. des Baus großer Windkraftanlagen in der Nordsee sowie die hierfür notwendigen Schritte.

Deutlich wird das Zusammenspiel zwischen unternehmerischen, kommunal- und bundespolitischen Entscheidungen in diesem Bereich. Der Ausbau der erneuerbaren Energien schafft vielerlei neue Wertschöpfungsmöglichkeiten, geht aber auch mit hohen Investitionskosten und der Sicherstellung notwendiger Rahmenbedingungen durch den Staat einher.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energemix der Zukunft“**

1. *Fassen Sie die Pläne zum Ausbau der Windkraftgewinnung in der Nordsee zusammen. Nennen Sie die zentralen Akteure.*
2. *Erläutern Sie die Pläne Helgolands in diesem Zusammenhang. Legen Sie dar, welche Chancen und Herausforderungen sich für die Insel ergeben.*
3. *Erörtern Sie das Zusammenspiel von unternehmerischen und staatlichen Aktivitäten im Bereich der Entwicklung der erneuerbaren Energien. Erörtern Sie, weshalb es staatlich gesetzter Rahmenbedingungen bedarf, damit Unternehmen in diesem Bereich aktiv werden (können).*

8. Artikel: Energieverbrauch bricht ein (11.03.2010)

Neben den konjunkturbedingten Einbrüchen haben auch wetterbedingte Faktoren und energiepolitische Entscheidungen Einfluss auf die Energienachfrage im Jahr 2009 gehabt.

Deutlich wird die Vielzahl von Einflüssen auf das energiewirtschaftliche Marktgeschehen, wie auch die enge Einbindung der Energiewirtschaft in gesamtwirtschaftliche Prozesse.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Angebot und Nachfrage“** und **„Energie und Makroökonomie“**

1. *Fassen Sie die Entwicklung der Energienachfrage in Deutschland in 2009 zusammen. Benennen Sie wesentliche Unterschiede zum Vorjahr.*
2. *Erläutern Sie die in diesem Zusammenhang wirkenden Einflussfaktoren. Unterscheiden Sie hierbei politische von konjunkturellen und witterungsbedingten Aspekten.*

3. *Beschreiben Sie anhand der vorliegenden Zahlen die generelle Einbindung der Energiewirtschaft in gesamtwirtschaftliche Prozesse. Ermitteln Sie weitere Beispiele, die diese verdeutlichen.*

9. Artikel/Grafik: Stadtwerke laufen Sturm gegen Konzerne (12.03.2010)

10. Artikel: Kartellamt springt Stadtwerken bei (16.03.2010)

Bezüglich der derzeit diskutierten Rücknahme des Ausstiegs aus der Atomkraft herrscht innerhalb der Energiebranche keine Einigkeit. Während die Kraftwerksbetreiber zügig eine positive Entscheidung fordern, befürchten insbesondere kleinere Anbieter und Stadtwerke hierdurch Wettbewerbsnachteile. Dementsprechend drohen sie mit der Rücknahme geplanter Investitionen in neue Technologien, sollte die Bundesregierung eine Verlängerung der Laufzeiten der Atommeiler z. B. nicht an die gleichzeitige Schließung von Kohlekraftwerken der großen vier Produzenten koppeln. Unterstützung erhalten Sie in diesem Zusammenhang vom Bundeskartellamt.

Anhand dieses Beispiels lässt sich erneut sehr gut verdeutlichen, wie im Rahmen energiepolitischer Entscheidungsprozesse unterschiedliche Interessen konflikthaft aufeinandertreffen können. Zum anderen wird am Beispiel „Atompolitik“ deutlich, wie die politisch gesetzten Rahmenbedingungen die Handlungen der Akteure der Energiewirtschaft maßgeblich beeinflussen.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wettbewerbsstrukturen“**, **„Energiepolitik“** und **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**

1. *Fassen Sie die bislang gültigen Beschlüsse zum „Atomausstieg“ zusammen. Legen Sie dar, welche Änderungen im Vergleich zur alten Bundesregierung zu verzeichnen sind.*
2. *Erläutern Sie den Stand der Diskussion, wie er im Artikel beschrieben wird. Benennen Sie die wesentlichen Punkte, die derzeit zu klären sind.*
3. *Geben Sie die Diskussion innerhalb der Energiebranche wieder und identifizieren Sie die dort zu erkennenden Interessenkonflikte.*
4. *Setzen Sie sich in diesem Zusammenhang auch mit der Position des Bundeskartellamtes auseinander. Erörtern Sie die von ihm in die Diskussion eingebrachten Lösungs- und Kompromissvorschläge.*
5. *Verdeutlichen Sie anhand der vorliegenden Beispiele, wie die politisch gesetzten Rahmenbedingungen die Handlungsmöglichkeiten der Akteure im energie-*

wirtschaftlichen Geschehen grundsätzlich beeinflussen. Ermitteln Sie weitere Beispiele hierfür.

11. Artikel: Finanzierung der Ostseepipeline ist gesichert, der Bau kann beginnen (16.03.2010.2010)

Auf internationaler Ebene wurde lange über die Errichtung großer Gaspipelines nach Europa gestritten. Viele Interessen sind konflikthaft aufeinander getroffen: von Staaten, die Gas beziehen, solchen, die es liefern und jenen, durch deren Gebiete die Rohre laufen sollen. Hinzu kamen Umweltverbände und weitere Interessengruppierungen. Im Falle der Ostseepipeline von Russland nach Europa konnten die Streitigkeiten nun beendet und die Finanzierungsfragen geklärt werden, sodass der Beginn der Bauarbeiten unmittelbar bevorsteht.

Deutlich werden anhand dieses Beispiels erneut die vielfältigen Interdependenzen und Interessenkonflikte im internationalen energiewirtschaftlichen Geschehen.

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Wertschöpfung**“ und „**Perspektiven der Weltenergieversorgung**“

- 1. Fassen Sie die wesentlichen Eckpunkte des genannten Pipeline-Projektes zusammen. Benennen Sie die zentralen Akteure.*
- 2. Erläutern Sie die Zielsetzung, die mit dem Bau der Pipeline verfolgt wird. Geben Sie dabei die unterschiedlichen Nutzenbewertungen der im Artikel genannten Experten wieder.*
- 3. Legen Sie in diesem Zusammenhang dar, welche unterschiedlichen Interessen in der Planungsphase konflikthaft aufeinander getroffen sind. Arbeiten Sie insbesondere heraus, welche Ziele Deutschland in diesem Zusammenhang verfolgt (hat).*

12. Artikel: Solarbranche bewährt sich im Umbruch (16.03.2010)

Nach langer politischer Diskussion hat die Bundesregierung eine Reduzierung der staatlichen Subventionierung von Solaranlagen beschlossen. Der Grund liegt in dem aus politischer Sicht unangemessenen Verhältnis von Kosten und Nutzen und der Veränderung der Marktsituation. In vielen anderen europäischen Ländern findet man vergleichbare Prozesse. Dies hat starke Auswirkungen auf die Solarbranche, für die das Auslandsgeschäft zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Auch in diesem Fall zeigt sich, wie die politisch gesetzten Rahmenbedingungen die Handlungen der energiewirtschaftlichen Akteure beeinflussen. Dabei sind die rechtli-

chen Vorgaben stets hinsichtlich der von ihnen ausgehenden Anreizstrukturen kritisch zu bewerten, denn auch hier kann es zu Zielkonflikten oder Fehlanreizen kommen. Gleichzeitig sind stets Interessenkonflikte zwischen unterschiedlichen Gruppierungen zu verzeichnen. Deutlich wird zudem, dass sich auch im Bereich der erneuerbaren Energien zunehmend internationale Märkte herausbilden, auf denen deutsche Unternehmen eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung und „Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**

1. *Ermitteln Sie den aktuellen Stand der staatlichen Förderung im Bereich der Solarenergie in Deutschland. Benennen Sie die wesentlichen Unterschiede zur vorherigen Zahlungspraxis.*
2. *Vergleichen Sie die deutsche Entwicklung mit derjenigen anderer europäischer Staaten. Identifizieren Sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede.*
3. *Untersuchen Sie, inwieweit die politischen Entscheidungen eine Veränderung der Rahmenbedingungen für die Solarbranche bedeuten. Erläutern Sie die den politischen Überlegungen zugrunde liegende Kosten-Nutzen-Kalkulation.*
4. *Arbeiten Sie die Folgen der geforderten Veränderungen für die Solarbranche heraus.*
5. *Erschließen sie die Möglichkeiten, die sich für die deutschen Unternehmen im Auslandsgeschäft ergeben (könnten).*

Elektroauto nimmt Fahrt auf

BMW startet schon vor 2015, Opel kündigt eine Miniversion als E-Mobil an, und VW peilt drei Prozent Anteil der Elektroflitzer am Konzernabsatz an

5 Die großen Autokonzerne verschärfen den Kampf um die Vorherrschaft auf dem Zukunftsmarkt Elektroauto. Nach Daimler und Volkswagen bringen sich nun auch der bayerische Autobauer BMW und der US-Konzern Ford für das Zukunftssegment in Stellung. Das geplante BMW-Elektroauto, das in Leipzig gebaut werden soll, „wird vor 2015 starten,“ sagte BMW-Chef Norbert Reithofer dem Handelsblatt am Rande des Autosalons in Genf. Bisher war von einem Start bis 2015 die Rede. Ford plant, bis 2013 erste Hybrid- und Elektroversionen auf den europäischen Markt zu bringen, sagte Ford-Finanzchef Lewis Booth dem Handelsblatt.

15 Die Konkurrenz ist mit ihrer Vorbereitung der Serienproduktion elektrischer Stadtflitzer schon weiter. Als erster in Europa wird noch dieses Jahr der japanische Hersteller Mitsubishi mit dem Modell i-MieV vorgehen, dessen französischer Partner Peugeot im Oktober mit dem bauähnlichen I-On, Nissan mit dem Leaf und Daimler mit der A-Klasse in die Kleinserienproduktion gehen. In den USA gehen 2010 General Motors und der chinesische Hersteller BYD mit Elektroautos an den Start.

Das Elektroauto steht damit kurz vor dem Durchbruch in der Massenfertigung. VW plant für 2013 eine Elektroversion seines neuen Kleinwagens Up und will bis 2018 den Anteil dieser Fahrzeuge an seinen Verkäufen auf drei Prozent bringen. Der Autobauer Opel geht noch früher ins Rennen: „Der Opel Ampere und der Chevrolet Volt gehen Ende 2011 in mit 60 000 Einheiten pro Jahr Serie“, bestätigt GM-Vize Bob Lutz im Gespräch mit dem Handelsblatt. Zudem plant die Rüsselsheimer GM-Tochter einen Opel-Mini mit Batterieantrieb. Ford will bis 2020 gar 25 Prozent der Modellpalette durch Hybridantrieb und Batterieeinsatz elektrifizieren.

30 Daimler hatte am Montag eine Kooperation mit dem chinesischen Batterieproduzenten und Autobauer BYD für die Entwicklung eines gemeinsamen Elektroautos für den chinesischen Markt verkündet. „China ist für Elektroautos einer der attraktivsten Märkte“, sagte Konzernchef Dieter Zetsche, der in das Projekt zunächst 100 Mio. Euro investiert.

Der Wettbewerb um die Führungsrolle auf dem prestigeträchtigen Zukunftsmarkt Elektromobile ist damit offen ausgebrochen. Praktisch alle internationalen Autobauer blasen zur Attacke. Der BMW mit dem Projektnamen „Megacity Vehicle“ soll erstmals kohlefaserverstärkte Kunststoffe in Großserie bekommen, um das Auto leichter zu machen. „Für uns ist das die Übersetzung des Premiumbegriffs in den Bereich der Elektromobilität“, sagte Reithofer.

45 Daimler stellt in Genf ein Forschungsfahrzeug namens F 800 Style vor, der als Versi-
on mit Elektromotor einen Ausblick auf einen ökologisch korrekten Luxuswagen von
morgen gibt. „Die Automobilindustrie fährt in ein neues Zeitalter“, sagt Christian
Malorny, Direktor bei der Unternehmensberatung McKinsey. Es geht um einen gro-
ßen Wachstumsmarkt: Das Institut für Automobilwirtschaft geht davon aus, dass bis
50 2020 mehr als zwei Millionen und bis 2030 schon rund zehn Millionen Fahrzeuge
allein in den USA rein elektrisch fahren werden. Die Bundesregierung hat das Ziel,
dass bis 2020 eine Million Elektroautos in Deutschland fahren.

Noch ist das Elektroauto allerdings kein Massenphänomen. „Selbst 2020 werden die
55 Elektrofahrzeuge nur einen einstelligen Marktanteil erreichen“, sagt Wyman-Partner
Christian Kleinhans, Autoexperte der Managementberatung. Letztlich gehe es aber um
eine entscheidende Weichenstellung für die Branche. Daimler und BMW lassen des-
halb seit Monaten zum Alltagsstest Elektroversionen ihrer Modelle Smart und Mini in
kleineren Flotten durch die Straßen Berlins fahren. Der Umbruch hat damit bereits
60 begonnen. Nach einer Studie von McKinsey können sich die Modelle in Ballungszen-
tren in den nächsten fünf Jahren „als realistische Alternative etablieren“, sagt
Malorny. 2015 werde in New York der Marktanteil bei bis zu 16 Prozent liegen, in
Paris bei neun und in Schanghai bei fünf Prozent.

65 Dennoch lassen sich die Probleme der Elektroautos nicht übersehen. Vor allem Preis,
Verlässlichkeit und Speicherkapazität der Batterien sind die größten Hindernisse da-
für, dass Elektroautos zum Massenprodukt werden.

Markt

70 *Hilfen* Frankreich will in den nächsten Jahren 1,5 Mrd. Euro in die Elektrorevolution
investieren. Berlin stellt nur 500 Mio. Euro für die Entwicklung von Elektroautos be-
reit.

75 *Nachfrage* Einer aktuellen Studie der Unternehmensberatung Bain zufolge gibt es
trotz Mehrkosten von 50 Prozent in Europa eine Nachfrage nach 100 000 Elektrofahr-
zeugen pro Jahr. Weltweit sollen es 350 000 sein. In zehn Jahren, prognostizieren die
Berater, soll jedes zweite Auto einen Elektroantrieb haben und zehn Prozent aller
Neuwagen gar ausschließlich mit Strom fahren.

80 *Quelle: Herz, C./ Schneider, M. C./ Buchenau, M; Mitarbeit: Scheffler, S./Brückner, F, Handelsblatt,
Nr. 043, 03.03.2010, 24*

Volkswagen: Europas größter Autohersteller setzt sich unter Strom

Nach drei Monaten Vorarbeit steht Volkswagens Strategie für das Elektrozeitalter. Europas größter Autobauer weitet damit seinen Führungsanspruch auch auf Fahrzeuge aus, die von Strom statt Benzin oder Diesel angetrieben werden. Bis 2018 wollen die
5 Wolfsburger das neue Segment dominieren, sagte Konzernchef Martin Winterkorn beim Genfer Automobilsalon. VW komme zwar später als andere, werde aber der Hersteller sein, der das „Elektroauto für alle“ in die Großserie bringe.

10 2018 sollen drei Prozent des VW-Absatzes auf mit Strom betriebene Fahrzeuge entfallen. Da Winterkorn dann seinem Expansionsplan zufolge mehr als zehn Millionen Autos verkaufen will, wären das 300 000 E-Fahrzeuge. Die Planung ist eher konservativ: Experten rechnen damit, dass 2020 bereits fünf Prozent aller dann verkauften
15 Neuwagen elektrisch fahren sollen. „Wir müssen erst einmal abwarten, wie die Reaktion der Kunden ausfällt“, sagte Winterkorn. Keiner wisse, wie groß die Nachfrage wirklich sein werde. Der Zeitplan von VW ist dennoch eng: In den nächsten Monaten will der Winterkorn Testflotten in Berlin, Florida, Schanghai und Chengdu in Südchina starten. 2011 sollen 500 Testwagen einer Elektro-Version des VW Golf an Kunden
20 ausgeliefert werden. Ein Jahr später erweitern die Wolfsburger ihr Hybridangebot. Bislang kombiniert nur die jüngst präsentierte Neuauflage des Geländewagens Touareg einen herkömmlichen Verbrennungsmotor mit einem Elektroantrieb.

Nachzügler auf der Überholspur 2013 soll zum „Schlüsseljahr bei den Elektroautos“ werden, mit der Elektro-Version des Kleinwagens Up, dem E-Golf und dem E-Jetta.
25 Nur so lassen sich die vollmundigen Ziele des Konzerns erreichen: „Volkswagen ist der Autobauer, der den Hybrid mit seinen Volumenmodellen aus der Nische holt“, sagt der VW-Chef mit einem Seitenhieb auf den Rivalen Toyota, der mit dem Prius als Hybrid-Pionier Automobilgeschichte geschrieben hat. Kritik kam vom Autoexperten Ferdinand Dudenhöffer: „Beim Thema Elektroantrieb fährt VW unter den deutschen
30 Autobauern am weitesten hinterher.“ Mercedes bereite schon die Großserienfertigung des Elektrosmart vor, BMW testet den Elektromini, aber VW rolle nur Modellstudien in die Messehallen. „Natürlich kommen wir spät“, gibt Winterkorn zu. „Das ist typisch für Volkswagen: Als Latecomer rollen wir den Markt auf.“ aber kräftig drauf. „Kein Hersteller verdient absehbar an solchen Autos Geld“, räumt Winterkorn
35 angesichts des gewaltigen technischen Aufwandes für Hybridisierung und Elektrifizierung ein.

VW-Entwicklungschef Ulrich Hackenberg sagte im Gespräch mit dem Handelsblatt: „2020 soll es in Deutschland nach dem Willen der Politik eine Million Elektrofahrzeuge geben. Da müssen wir hin. Dazu brauchen wir aber staatliche Förderung.“ Winterkorn nennt drei Forderungen an die Politik: Die Regierung soll „Forschung massiv fördern, gezielte Anreize für die Kunden setzen und eine leistungsfähige Infrastruktur aufbauen“. Dass sich Daimler zum Bau eines Elektroautos mit dem am chinesischen
40 Batteriespezialisten BYD zusammenschließt, der bereits mit VW eine Partnerschaft unterhält, stört Winterkorn nicht, wie er sagt. Es gebe genug weitere Anbieter wie Toshiba und Sanyo, die als Partner auf dem Schlüsselsektor moderner Batterien infrage kämen.

Quelle: Schneider, M. C., Handelsblatt, Nr. 043, 03.03.2010, 24

Hersteller fordern Starthilfe für E-Autos

Die Autoindustrie fordert von der Politik mehr Unterstützung für die Einführung der Elektroautos sowie klare Vorgaben und Rahmenbedingungen

5

Daimler-Chef Dieter Zetsche sendet in seiner Funktion als Präsident des Europäischen Automobilherstellerverbandes Acea klare Forderungen nach Brüssel und Berlin. „Um die Entwicklung alternativer Antriebe zu unterstützen, brauchen wir positive Rahmenbedingungen. Parallel ist es notwendig, eine geeignete Infrastruktur aufzubauen“, forderte Zetsche im Gespräch mit dem Handelsblatt.

10

Anfangs führe die neue Technologie zwangsläufig zu kleinen Stückzahlen - und damit hohen Kosten. „Das ist ein Kreislauf, den wir nur durchbrechen können, wenn wir in Europa für einen begrenzten Zeitraum den Kauf von Elektrofahrzeugen finanziell fördern“, sagte Zetsche. Die Autoindustrie wolle nicht dauerhaft zum Kostgänger des Steuerzahlers werden, aber ohne Starthilfe gehe es nicht.

15

Flankenschutz bekommt Zetsche vor dem Autogipfel am 3. Mai mit Angela Merkel im Kanzleramt von Kollegen. „Wir würden es begrüßen, wenn die Bundesregierung auch in der Anlaufphase den Kauf von Elektrofahrzeugen fördert, die deutlich teurer als ein vergleichbares herkömmliches Fahrzeug sein werden“, sagte BMW-Chef Norbert Reithofer dem Handelsblatt in Genf. „Auch europaweit sollte sich die EU-Kommission darauf verständigen, wie sie mit der Förderung der Elektroautos umgehen will.“

25

Acea-Präsident Zetsche forderte die Politik zum Handeln auf. „Das Verhältnis zwischen den neuen Elektroautos und der dafür notwendigen Infrastruktur gleicht dem von Henne und Ei. Deshalb müssen wir endlich loslegen“, sagte er. Jetzt sei die Zeit gekommen, in der die Politik Berechenbarkeit für die Investitionen der Hersteller schaffen müsse.

30

Beim Wettbewerb um den Zukunftsmarkt gibt es in Deutschland noch keine konkreten Pläne für eine Verkaufsförderung - anders als in anderen Ländern. China und die USA etwa fördern die Entwicklung der „Stromer“ mit großen Summen. Amerikaner erhalten beim Kauf eine Steuergutschrift über umgerechnet bis zu 5 800 Euro, in China sind es sogar über 6700 Euro.

35

Europa hat sich noch nicht auf einheitliche Rahmenbedingungen festgelegt. Zetsche sieht hier auch die EU-Kommission gefordert, „klare Aussagen mit konkreten Plänen zu verbinden“. Während Länder wie Großbritannien, Frankreich und Spanien Anreize schaffen, will Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer den Kauf der teureren Elektroautos nicht subventionieren.

40

45 „Viel hängt davon ab, was die Politik tut“, sagt Ford-Europachef John Fleming.
Selbstkritisch räumt der Manager allerdings ein, dass es wenig hilfreich sei, „dass wir
in der Industrie nicht mit einer Stimme sprechen“. Volkswagen-Chef Martin
Winterkorn fordert eine gemeinsame Kraftanstrengung, um das Elektroauto zur
50 „Realität auf unseren Straßen“ zu machen. Die Regierung müsse „Forschung massiv
fördern, gezielte Anreize für die Kunden setzen“ und „eine leistungsfähige
Infrastruktur aufbauen“, forderte er in Genf.

Für viele Fachleute ist ein direkter Zuschuss die einzige Möglichkeit, den Verkauf von
stromgetriebenen Autos in Gang zu setzen. „Es ist höchste Zeit, dass wir auch in
55 Deutschland eine breite Schneise für Elektromobilität schlagen“, sagt Jan Peter
Korthals, Experte für Elektromobilität und alternative Antriebe bei der
Unternehmensberatung McKinsey. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt,
dass bis 2020 auf deutschen Straßen rund eine Million Elektroautos fahren. Mit dem
60 zweiten Konjunkturpaket vor der Bundestagswahl hatte die Regierung in Berlin rund
500 Mio. Euro für die Entwicklung von Elektrofahrzeugen zur Verfügung gestellt. Die
Gelder sind aber hauptsächlich für Entwicklung und Forschung vorgesehen. Wenn er
das deutsche Engagement mit Frankreich vergleiche, sei das „relativ wenig“, sagte
VW-Chef Winterkorn. [...]

65 *Quelle: Herz, C./ Schneider, M. C., Handelsblatt, Nr. 044, 04.03.2010, 28*

EU begrenzt Anschubhilfen für Elektroautos

5 Der neue Industriekommissar der Europäischen Union, Antonio Tajani, lehnt dauerhafte Subventionen zur besseren Absatzentwicklung von Elektroautos ab. „Geht es um kurzfristige staatliche Unterstützung, um der Wirtschaftskrise Herr zu werden, ist dies in Ordnung. Aber diese Ausnahmen gelten bis Ende 2010. Es darf keine dauerhaften Subventionen zum Ankauf von Fahrzeugen geben“, sagte Tajani im Gespräch mit dem Handelsblatt.

10 Die Chefs mehrerer Autokonzerne hatten in der vergangenen Woche mehr finanzielles Engagement von Deutschland und der EU gefordert. Bislang beschränkt sich die Bundesregierung auf Forschungsförderung. Daimler-Chef Dieter Zetsche sagte dieser Zeitung, es sei Aufgabe der EU-Kommission, „klare Aussagen mit konkreten Plänen zu verbinden.“ Amerikaner zum Beispiel erhalten beim Kauf eines Elektroautos eine
15 Steuergutschrift von umgerechnet bis zu 5 800 Euro. Europa hat sich noch nicht auf einheitliche Rahmenbedingungen festgelegt.

Tajani will den Unternehmen nicht mit zu viel Regulierung in die Quere kommen. Die technologische Entwicklung dürfe man nicht abwürgen. „Es wäre verfrüht, schon heute zu sagen: Wir sehen dies oder das verbindlich vor. Wir müssen erst herausfinden, was die beste Technologie ist. Unsere Aufgabe ist es, eine Industriepolitik zu fördern, die darauf abzielt, den Markt zu bereiten“, sagte er. Am Ende des Prozesses müssten Normierung und Standardisierung stehen. Dies sei für den Binnenmarkt unerlässlich und nütze dem Export.

25 Grundsätzlich will Tajani die Industriepolitik auf Innovation ausrichten. Das müsse sich auch in einer Umschichtung des EU-Etats widerspiegeln. Demnächst beginnen die Verhandlungen über den neuen Finanzrahmen, der von 2013 bis 2020 gelten soll.

30 *Quelle: Ludwig, T., Handelsblatt, Nr. 047, 09.03.2010, 2*

Stromanbieter verlangen effizienteren Netzbetrieb

Das Ringen um neue Regeln für den Betrieb der Leitungen geht in die Schlussphase. Die Entscheidung des Regulierers steht noch aus.

5

Die bevorstehende Entscheidung der Bundesnetzagentur über das künftige Zusammenspiel der vier Stromübertragungsnetzbetreiber könnte Verbraucher und Wettbewerb belasten. Zu diesem Schluss kommt ein Gutachten des Bundesverbands Neuer Energieanbieter (BNE) und der Lichtblick AG. Hintergrund: Die Netzagentur prüft verschiedene Modelle, zurzeit sieht es so aus, als würde eine Lösung gefunden, die die Netzbetreiber schont. Das Thema beschäftigt Netznutzer und Netzbetreiber seit Jahren. Bereits 2008 hatten BNE und Lichtblick den Netzbetreibern vorgehalten, durch die Aufteilung des Strommarkts in vier Netzgebiete, die sogenannten Regelzonen, jährlich unnötige Kosten in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro zu produzieren, die die Netznutzer tragen müssten. BNE und Lichtblick hatten daher ein Missbrauchsverfahren bei der Netzagentur beantragt.

10
15

Die vier Übertragungsnetzbetreiber versuchten die Kritik zu entkräften, indem sie sich neue Regeln gaben. Allerdings ziehen sie nicht an einem Strang. So verfolgt die RWE-Netztochter Amprion das Konzept des „Zentralen Netzreglers“. Es führt dazu, dass das Nebeneinander der vier Regelzonen aufgehoben wird. RWE hatte frühzeitig für sich in Anspruch genommen, bei einem solchen Konzept die Systemführerschaft zu übernehmen. Das wiederum wollten die anderen drei Übertragungsnetzbetreiber - 50 Hertz Transmission (Vattenfall), EnBW und Transpower (früher Eon, heute Tennet) - nicht gelten lassen. Sie entwarfen das Konzept des „Netzreglerversbands“, das die vier Regelzonen bestehen lässt, aber durch eine engere Kooperation Einsparungen bringen soll. Sie praktizieren dieses Modell bereits. In Branchenkreisen wird damit gerechnet, dass die Netzagentur in Kürze die künftigen Regeln für die Netze festlegt und so das seit zwei Jahren laufende Festlegungsverfahren beendet. Am wahrscheinlichsten sei, dass die Agentur dem Modell des Netzreglerversbands folge. Die Agentur will sich indes nicht festlegen: Sie werde erst in den nächsten Wochen entscheiden, eine Vorfestlegung gebe es nicht, sagte eine Sprecherin gestern.

20
25

30

BNE und Lichtblick wollen verhindern, dass am Ende des Verfahrens eine Minimallösung steht. Sollte es zu einer Entscheidung nach dem Vorbild des Netzreglerversbands kommen, blieben Ineffizienzen bestehen, heißt es in dem Gutachten, das BNE und Lichtblick in Auftrag gegeben haben. So bliebe der kurzfristige Handel weiterhin in vier sachlich und räumlich getrennten Märkten. Durch die Marktgrenzen werde das Stromangebot unnötig verknappt. Dabei benötige der Strommarkt in Zukunft ein größeres Angebot an flexibler, deutschlandweit verfügbarer Energie, um die wachsende Ökostrommenge optimal auszubalancieren.

35
40

45

Die Netzagentur habe die einmalige Chance, mit ihrer Entscheidung den Wettbewerb voran zu bringen und die anachronistische Kleinstaaterei zu beenden, sagte BNE-Geschäftsführer Robert Busch.

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 045, 05.03.2010, 32

Energiebranche muss Milliarden in Speicher stecken

Der wachsende Anteil erneuerbarer Energien erfordert ein Umsteuern. Die Deutsche Energie-Agentur sieht stark wachsenden Bedarf und mahnt zur Eile.

5

Die Energiebranche steht vor enormen Investitionen in Stromspeicher. „Da werden bis 2020 zweistellige Milliardenbeträge fällig“, sagte Stephan Kohler, Chef der Deutschen Energieagentur (Dena), dem Handelsblatt. Er beruft sich auf eine Studie, die die Dena gemeinsam mit der TU München und der RWTH Aachen angefertigt hat. Die Investitionen werden sich nach Überzeugung Kohlers rentieren: „Mit Stromspeichern wird man in Zukunft gutes Geld verdienen können.“

10

Auslöser des steigenden Speicherbedarfs ist der wachsende Anteil erneuerbarer Energien. Ziel der Bundesregierung ist es, den Anteil des Stroms, der aus Wind, Wasser, Sonne, Biomasse und Geothermie gewonnen wird, von derzeit 16 Prozent bis 2020 auf 30 Prozent zu erhöhen. Damit wird ein wachsender Anteil der Stromerzeugung schwer vorhersehbar: Wie stark der Wind weht und wann die Sonne scheint, lässt sich schwer prognostizieren. Bislang müssen konventionelle Kraftwerke blitzschnell zu- und wieder abgeschaltet werden, um die Stromnetze stabil zu halten. Künftig sollen Speicher dabei helfen, die Volatilität auszugleichen. Sie können etwa bei einem Windstrom-Überangebot geladen werden und den gespeicherten Strom in Flautezeiten wieder abgeben. In den nächsten Jahren müssten „erhebliche Speicherkapazitäten für eine effiziente, kostenoptimierte und vollständige Integration der erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen“, heißt es in der Studie.

15

20

25

Die Politik erkennt die Notwendigkeit. Union und FDP haben das Thema in ihrer Koalitionsvereinbarung hervorgehoben. Die politische Diskussion über den Einsatz von Speichern im großen Maßstab befindet sich aber noch in einem frühen Stadium. Dagegen spielt das Thema in der Forschungsförderung von Bund und EU bereits eine Rolle. Aus Sicht der Dena ist Eile geboten. Deutschland brauche erhebliche Speicherkapazitäten eher heute als morgen, sagt Kohler. Aus Sicht der Dena sind die volkswirtschaftlichen Vorteile hoch: „Stehen in einem Stromerzeugungssystem mit hohem Anteil erneuerbarer Energien Speicherkapazitäten in ausreichendem Umfang zur Verfügung, können Stromerzeugung und -verbrauch zeitlich entkoppelt und damit die kostenintensive Vorhaltung konventioneller Stromerzeugungskapazitäten verringert werden“, heißt es in der Studie.

30

35

Nach Überzeugung Kohlers sind dabei Pumpspeicherwerke „auf absehbare Zeit die flexibelste, effizienteste und wirtschaftlichste Speicherlösung“.

40

Pumpspeicherkraftwerke nutzen Strom in Zeiten schwacher Stromnachfrage, um Wasser in ein hoch gelegenes Becken zu pumpen. Steigt der Strombedarf sprunghaft, wird das Wasser abgelassen und treibt eine Turbine an. Der Strom steht innerhalb kürzester Zeit zur Verfügung. Pumpspeicherkraftwerke kommen nur zum Einsatz, wenn der Strompreis an den Börsen in die Höhe schnellt - für die Betreiber sind sie damit lukrativ. Die Technik ist seit Jahrzehnten erprobt. Derzeit gibt es in Deutschland Pläne für neue Pumpspeicher, die aber wie viele andere Projekte der Energiewirtschaft regional auf Widerstand stoßen.

45

- 50 Andere Lösungen für die Speicherung befinden sich noch in einem frühen Stadium.
So will RWE gemeinsam mit General Electric und anderen Unternehmen einen
Druckluftspeicher bauen, der 2016 in Betrieb gehen soll. Das
Bundeswirtschaftsministerium fördert das Projekt. Evonik arbeitet an einem riesigen
Batteriespeicher.
- 55 *Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 046, 08.03.2010, 27*

Helgoland setzt auf Windparks im Meer

Schleswig-Holstein will die Insel zum Servicezentrum für Offshore-Anlagen machen. Es bleiben aber Hürden.

5 Schleswig-Holstein will die Hochseeinsel Helgoland zum Stützpunkt für die Offshore-Windparks ausbauen, die derzeit von mehreren Energiekonzernen in der Nordsee geplant und gebaut werden. „Wir müssen rechtzeitig die Weichen stellen, damit die Gemeinde Helgoland vom Boom der Offshore-Windparks in der Nordsee während der
10 nächsten Jahrzehnte profitiert“, sagte Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Jost de Jager (CDU) dem Handelsblatt. Das Bundesland werde die Koordinierungsrolle zwischen Bund und Ländern übernehmen, um rechtliche Hürden für einen entsprechenden Ausbau der Hafenanlagen der Nordsee-Insel zu beseitigen und eine Lösung für die Finanzierung zu finden. Helgoland habe gegenüber
15 Konkurrenzstandorten wie zum Beispiel Esbjerg in Dänemark den Vorteil, näher an den Windparks zu liegen, betonte de Jager.

Hintergrund des Vorstoßes sind Planungen des Unternehmens RWE Innogy, bis zum Jahr 2013 den Offshore-Park „Nordsee Ost“ zu errichten, 35 Kilometer nördlich von
20 Helgoland. Das Unternehmen will 48 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 295 Megawatt installieren. Sie sollen pro Jahr etwa 1,1 Mrd. Kilowattstunden Strom erzeugen. Das entspräche dem Stromverbrauch von 310 000 Haushalten.

Neben RWE plant auch WindMW aus Bremerhaven zwei Windparks nordwestlich
25 von Helgoland mit zusammen etwa 80 Windenergieanlagen. Die Bauarbeiten hierfür sollen im Jahr 2012 beginnen. Beide Unternehmen wollen Helgoland als Servicehafen für ihre Windparks nutzen. Von Deutschlands einziger Hochseeinsel aus soll vor allem die Wartung der Anlagen erfolgen. Für die Inselgemeinde würde das etwa 80 Arbeitsplätze bringen. Auf Helgoland leben rund 1 300 Menschen.

30 Der Ausbau der Offshore-Windkraft in Nord- und Ostsee ist einer der zentralen Bausteine zur Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung. Derzeit kommen 16 Prozent des Stroms in Deutschland aus erneuerbaren Quellen. Bis 2020 sollen es 30 Prozent werden. Um dieses Ziel zu
35 erreichen, setzt die Regierung besonders auf die Windkraft. Allein Windräder auf hoher See könnten den Prognosen der Bundesregierung zufolge 2030 bereits 15 Prozent des deutschen Strombedarfs decken.

Allerdings gestaltet sich der Aufbruch ins Offshore-Zeitalter schwierig. Ende 2009
40 ging mit „Alpha Ventus“ zwar der erste deutsche Offshore-Windpark in Betrieb. Älteren Prognosen zufolge hätten sich Ende 2009 aber weitaus mehr Windräder in Nord- und Ostsee drehen müssen. Aus ökologischen Gründen - etwa zum Schutz des Wattenmeeres - werden die Anlagen nicht küstennah, sondern im offenen Meer gebaut. Das ist technisch und logistisch äußerst anspruchsvoll. Vor den Küsten
45 Großbritanniens oder Dänemarks sind die Bedingungen erheblich besser: Die Windräder können küstennah gebaut werden.

50 Helgoland könnte nun als logistisches Zentrum große Bedeutung gewinnen. Dem
Vorhaben stehen jedoch noch mehrere Hürden im Weg, die Wirtschaftsminister de
Jager ausräumen will. Zum einen müsste ein entsprechender Stützpunkt auf der Insel
ausgebaut werden. Das in Frage kommende Gelände im Süden der Insel befindet sich
derzeit im Besitz mehrerer Bundesbehörden, unter anderem der Bundeswehr und des
Bundesverkehrsministeriums. De Jager will erreichen, dass die entsprechenden
55 Flächen in den Besitz der Gemeinde Helgoland übergehen. Problematisch ist zum
anderen auch die Finanzierung des Hafenausbaus. Der Kreis Pinneberg, zu dem
Helgoland gehört, und die beteiligten Landesministerien Wirtschaft, Inneres und
Finanzen prüfen derzeit, ob die nötige Vorfinanzierung durch die Gemeinde über die
Gewerbsteuer-Einnahmen der Windparks refinanziert werden könnten. Die Kosten
60 des Hafenausbaus bezifferte de Jager mit etwa zehn Mio. Euro. Etwa die Hälfte dieser
Summe könnte Helgoland durch den Verkauf einer Hafenanlage realisieren. Da RWE
mit dem Bau seines Windparks schnell starten wolle, müssten die nötigen
Entscheidungen „bis zum Sommer“ fallen, sagte der Wirtschaftsminister.

65 *Quelle: Drost, F.-M./ Müller, P./ Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 047, 09.03.2010, 15*



Energieverbrauch bricht ein

Der Rückgang im vergangenen Jahr betrug sechs Prozent. Das ist das niedrigste Niveau seit Anfang der 1970er-Jahre.

5

Der Energieverbrauch in Deutschland ist 2009 auf das niedrigste Niveau seit Anfang der 70er-Jahre gesunken. Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) fiel er im Vergleich zum Vorjahr um sechs Prozent.

10

Ausschlaggebend für den Rückgang war der konjunkturelle Einbruch. „Vor allem in den energieintensiven Industriezweigen wurde die Produktion besonders stark reduziert, so dass der Energieverbrauch stärker zurückging als die Wirtschaftsleistung“, schreibt die AGEB. Die Wirtschaftsleistung war 2009 um fünf Prozent eingebrochen.

15

Verbrauchssteigernd und damit dämpfend auf die Gesamtentwicklung hat sich laut AGEB die im Vergleich zum Vorjahr kühlere Witterung ausgewirkt: Der Bedarf an Heizenergie erhöhte sich um zwei Prozent, lag damit aber immer noch um sechs Prozent unter dem langjährigen Durchschnitt. Von der höheren Nachfrage nach Heizenergien profitierten vor allem Erdgas und leichtes Heizöl.

20

Der gesamte Mineralölverbrauch verminderte sich 2009 um fünf Prozent auf 4631 Petajoule (PJ). Das ist laut AGEB der niedrigste Wert seit der deutschen Wiedervereinigung.

25

Neben konjunkturellen Gründen hat sich stark die erhöhte Beimischung von Biokraftstoffen ausgewirkt, die statistisch bei den erneuerbaren Energien geführt werden. Die Erzeugung der deutschen Raffinerien wurde der rückläufigen Verbrauchsentwicklung angepasst und verminderte sich gegenüber 2008 von rund 118 Mio. Tonnen auf etwa 111 Mio. Tonnen. Wichtigster Rohöllieferant war erneut Russland, dessen Lieferungen rund 35 Prozent des inländischen Bedarfs deckten.

30

Der Erdgasverbrauch verringerte sich 2009 gegenüber dem Vorjahr ebenfalls um fünf Prozent. Nach einem konjunkturell bedingten kräftigen Verbrauchseinbruch von fast zwölf Prozent im ersten Halbjahr erholte sich die Nachfrage und stieg laut AGEB im zweiten Halbjahr um mehr als drei Prozent.

35

Der Steinkohleverbrauch sank nach Angaben der AGEB um 18 Prozent auf ein „Jahrhunderttief“. Die Entwicklung sei geprägt gewesen durch einen Rückgang des Einsatzes der Kohle zur Stromerzeugung. Besonders stark ging der Bedarf an Kohle und Koks in der Eisen- und Stahlindustrie zurück, er schrumpfte um mehr als 30 Prozent.

40

Quelle: Handelsblatt, Nr. 049, 11.03.2010, 23

Stadtwerke laufen Sturm gegen Konzerne

Die kommunalen Energieerzeuger drohen mit einem Stopp von milliardenschweren Investitionen

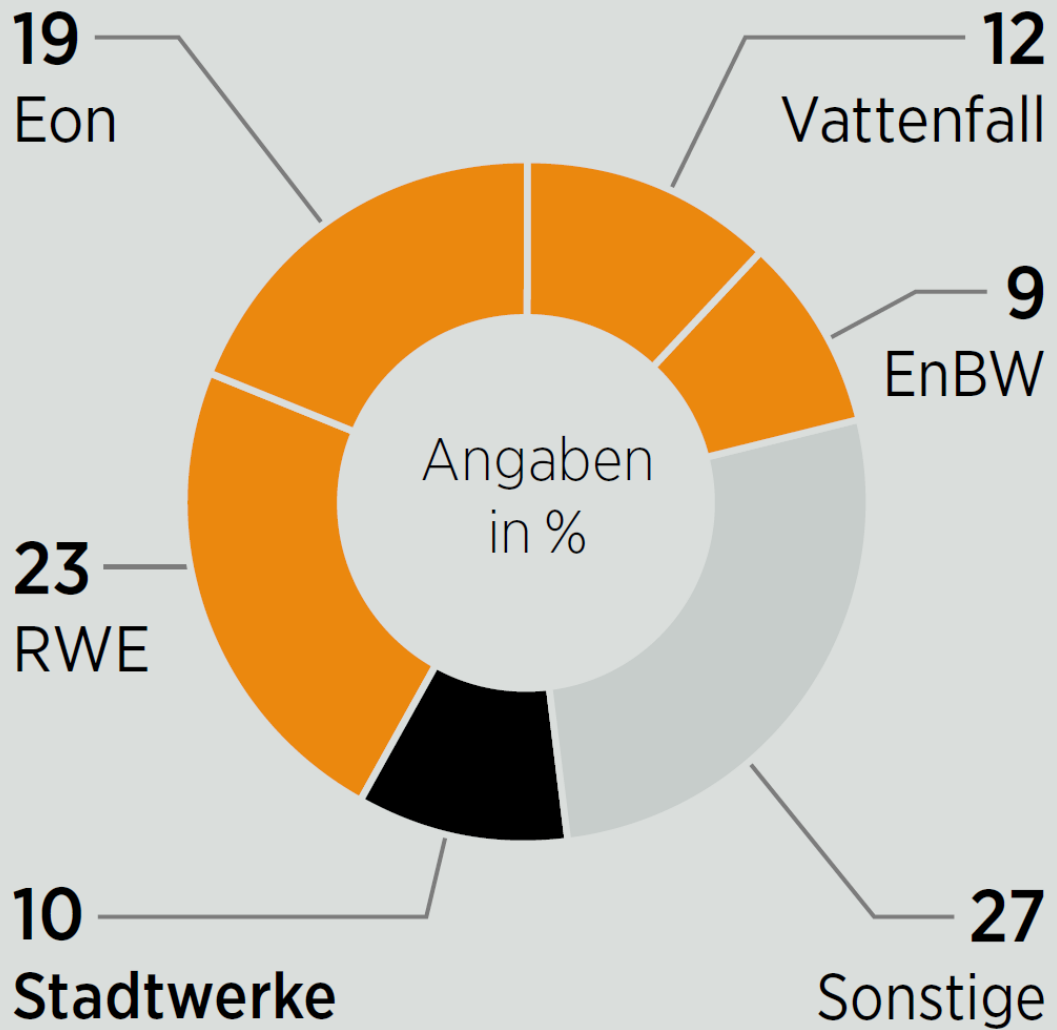
5 Die Stadtwerke laufen Sturm gegen die geplante Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke. 150 Stadtwerke haben sich jetzt zusammengeschlossen und fordern von der Bundesregierung, die Kernkraftwerksbetreiber im Falle einer Laufzeitverlängerung zu verpflichten, alte Kohlekraftwerke stillzulegen. Anderenfalls
10 drohen die Stadtwerke mit dem Ende von Investitionen in zweistelliger Milliardenhöhe in neue, klimafreundliche Kraftwerke. Stadtwerke erzeugen derzeit zehn Prozent der Energie in Deutschland. Mit längeren Laufzeiten würde die Vormachtstellung der vier Kernkraftwerksbetreiber Eon, RWE, EnBW und Vattenfall, auf Jahre festgeschrieben, heißt es in einem Gutachten, das Stadtwerke und regionale
15 Energieversorger am Montag vorstellen wollen. Das Gutachten liegt dem Handelsblatt vor. Mit ihrem Vorstoß erschweren die Stadtwerke der schwarz-gelben Koalition die Umsetzung ihrer Zusage, die Laufzeiten der 17 Reaktoren über das Jahr 2022 hinaus zu verlängern. Das Thema sorgt auch in der Koalition für Streit. Während vor allem Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) dafür plädiert, die Laufzeiten nur um
20 wenige Jahre zu verlängern, spricht sich der Wirtschaftsflügel der Union für eine großzügige Regelung aus. Unstrittig ist, dass mindestens die Hälfte der zusätzlichen Gewinne an die öffentliche Hand fließen soll. Aus Sicht der Stadtwerke hilft die Abschöpfung eines Teils der Zusatzgewinne aber nicht weiter. „Wenn sich eine Laufzeitverlängerung politisch nicht mehr verhindern lässt, müssen entweder
25 sämtliche durch die Laufzeitverlängerung anfallenden Zusatzgewinne bei den Kernkraftwerksbetreibern komplett abgeschöpft werden, oder der Gesetzgeber muss über strukturelle Markteingriffe nachdenken“, sagt Olaf Däuper von der Kanzlei Becker Büttner Held. Die Kanzlei hat das Gutachten zusammen mit dem Beratungsunternehmen Enervis erarbeitet.

30 Der Gesetzgeber müsse die Kernkraftwerksbetreiber dann verpflichten, alte Kohlekraftwerke in dem Umfang stillzulegen, wie Atomkraftwerkskapazitäten länger am Netz blieben, sagte Däuper. Dadurch blieben nicht nur die Wettbewerbschancen auf dem Stromerzeugungsmarkt ausgewogen, sondern es stellten sich auch CO₂-
35 Einspareffekte und eine Preissenkung bei den Stromgroßhandelspreisen ein. Dem Aktionsbündnis gehören Stadtwerke und regionale Versorger aus der ganzen Republik an. Ihr gemeinsamer Vorstoß dürfte in der Branche für Aufregung sorgen. In dem Bündnis sind auch Stadtwerke vertreten, an denen RWE beteiligt ist. Rückendeckung bekommen die Stadtwerke vom Verband Kommunaler Unternehmen (VKU), in dem
40 800 Stadtwerke zusammengeschlossen sind: Die Bundesregierung müsse sich darüber im Klaren sein, dass die Laufzeitverlängerung „einen massiven Eingriff in die Marktverhältnisse darstellt“, sagte VKU-Präsident Stephan Weil dem Handelsblatt. Viele Stadtwerke hätten im Vertrauen auf das Auslaufen der Kernkraft Investitionen geplant, die die Energieversorgung dezentraler gestalten und klimafreundlicher
45 machen könnten. „Eine Laufzeitverlängerung nimmt der Umstrukturierung der Energieerzeugung die erforderliche Dynamik“, sagte Weil. Klaus Stratmann

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 050, 12.03.2010, 1

Vier Riesen

Anteile an der Energieerzeugung



Handelsblatt

Quelle: BDEW, VKU

Handelsblatt Nr. 050 vom 12.03.2010
© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Kartellamt springt Stadtwerken bei

Präsident Mundt: Verlängerung der AKW-Laufzeiten darf nicht die Marktmacht großer Versorger zementieren

5

Der Präsident des Bundeskartellamts, Andreas Mundt, warnt davor, Laufzeitverlängerungen für Kernkraftwerke ausschließlich mit Geldforderungen an die Betreiber zu verknüpfen. Es reiche nicht aus, in dieser Frage „allein auf die monetäre Seite zu schauen“, sagte er dem Handelsblatt.

10

„Trotz der preisdämpfenden Effekte, die eine Laufzeitverlängerung mit sich brächte, sollte es ein Ziel bei den anstehenden Verhandlungen sein, einen Teil des Stromerzeugungsmarkts für den Wettbewerb zu öffnen. Denkbar wäre es, die Kernkraftwerksbetreiber dazu zu verpflichten, Erzeugungskapazitäten abzugeben“, sagte Mundt.

15

Der Kartellamtspräsident spricht damit den Stadtwerken aus der Seele. Sie fordern „strukturelle Markteingriffe“ im Gegenzug für eine Verlängerung von Laufzeiten. In einem Gutachten, das eine von 150 Stadtwerken getragene Initiative vorgestellt hat, heißt es, die Auswirkungen einer Laufzeitverlängerung auf den Wettbewerb wären unabhängig von einer teilweisen Abschöpfung der Zusatzgewinne katastrophal und zementierten das Erzeugeroligopol von Eon, RWE, EnBW und Vattenfall auf Jahre.

20

Nach den Plänen von Union und FDP ist bislang lediglich vorgesehen, von den vier Kernkraftwerksbetreibern für eine Laufzeitverlängerung Geld zu verlangen. Eingriffe in den Erzeugungsmarkt sind dagegen nicht geplant.

25

Die Stadtwerke schlagen vor, die Laufzeitverlängerung mit einer Pflicht für die vier großen Energieversorger zu verbinden, alte Kohlekraftwerke in dem Umfang stillzulegen, wie Atomkraftwerkskapazitäten länger am Netz blieben.

30

In der Bundesregierung stößt die Kritik der Stadtwerke auf wachsendes Verständnis. Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) sagte, es gehe in der Frage der Laufzeitverlängerung auch um Wettbewerb und die „Dominanz der Großen“. Er werde sich mit den Stadtwerken zusammensetzen, sagte Röttgen mit Blick auf das energiepolitische Gesamtkonzept, das die Bundesregierung im Herbst vorstellen will. Es soll auch die Frage der Laufzeitverlängerung klären.

35

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 052, 16.03.2010, 11

Finanzierung der Ostseepipeline ist gesichert, der Bau kann beginnen

Die Betreiber unterzeichnen heute in London einen Kreditvertrag

- 5 Die Finanzierung der Ostseepipeline Nord Stream ist gesichert. Das Betreiber-Konsortium wird heute in London einen Kreditvertrag über 3,9 Mrd. Euro unterzeichnen, wie das Handelsblatt aus Kreisen der beteiligten Unternehmen erfuhr. Dem Beginn der Bauarbeiten im April steht damit nichts mehr im Wege.
- 10 Nach einem Bericht der Moskauer Tageszeitung „Kommersant“ wird die Summe von 27 verschiedenen Banken bereit gestellt. Beteiligt seien unter anderem Geldhäuser aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Spanien und Japan, heißt es.
- 15 Die Ostseepipeline ist eines der derzeit ambitioniertesten Infrastrukturprojekte der Welt. Die Betreibergesellschaft Nord Stream will erstmals die Gasfelder Sibiriens auf direktem Weg durch die Ostsee mit den Verbrauchern in Westeuropa verbinden. Das Unternehmen wird bislang vom russischen Gazprom-Konzern, Eon und BASF aus Deutschland sowie der niederländischen Gasunie getragen. Schon bald soll aber noch der französische Gaskonzern GDF Suez hinzu stoßen.
- 20 Nach jahrelangen Vorarbeiten, Genehmigungsverfahren und Verhandlungen soll der Bau im April starten. Gazprom plant eine offizielle Einweihung des Projekts mit hochrangigen Regierungsvertretern aus den beteiligten Ländern, wie es in den Unternehmenskreisen heißt. Derzeit werde der 9. April anvisiert, der Termin sei aber
- 25 noch nicht fix.
- Mit dem Kredit, der heute vereinbart wird, ist zunächst die Finanzierung des ersten Strangs gesichert. Er soll bis Ende 2011 auf einer Länge von 1 200 Kilometern von der russischen Stadt Wyborg durch die Ostsee bis ins mecklenburg-vorpommersche
- 30 Lubmin bei Greifswald verlegt werden und zunächst 27,5 Mrd. Kubikmeter Gas pro Jahr transportieren. Anschließend soll ein zweiter, gleich großer Strang verlegt werden. Die Leitung könnte dann rein rechnerisch rund 25 Millionen Haushalte mit Gas versorgen.
- 35 Insgesamt veranschlagen die Partner 7,4 Mrd. Euro für den Bau, von denen 70 Prozent über Kredite bereit gestellt werden. Diese sind wiederum zu einem großen Teil hinterlegt über Hermes-Bürgschaften des Bundes und entsprechender Zusagen aus Italien, wo Nord Stream die Verlegekapazitäten gebucht hat.
- 40 Die wichtigste Hürde hatte das Projekt Mitte Februar genommen, als die letzte Genehmigung aus den Anrainer-Staaten ausgestellt wurde. Nord Stream hatte schließlich seit dem Beginn der Planungen im Jahr 2005 gegen große Widerstände von Politikern und Umweltschützern ankämpfen müssen. Nachdem das Unternehmen aber umfangreiche Umweltverträglichkeitsuntersuchungen vorgelegt, sich
- 45 umfassenden Anhörungen gestellt und sogar den Trassenverlauf abgeändert hatte, stimmten die betroffenen Staaten Deutschland, Russland, Schweden, Dänemark und Finnland zu. Gegner gehen zwar noch immer gegen das Projekt vor. Ihre Klagen haben aber keine aufschiebende Wirkung.

- 50 Die neue Pipeline soll den Gasexport von Russland nach Westeuropa sicherer machen. In den vergangenen Jahren war es beim Transit durch die Ukraine wiederholt zu Problemen gekommen. Der Transport wurde wegen Streitigkeiten zwischen Russland und der Ukraine mehrfach über mehrere Monate hinweg unterbrochen.
- 55 Branchenexperten bezweifeln zwar den Sinn neuer Leitungen, weil es zur Zeit in Europa ein Überangebot gibt. Die Projektpartner halten aber entgegen, dass der Importbedarf Europas mittelfristig wieder steigen werde, weil in der Nordsee Felder zur Neige gehen. Für Eon, BASF, Gasunie und GDF Suez ist das Geschäft auch kalkulierbar: Sie verdienen an den Transportentgelten - und Gazprom hat die
- 60 Kapazitäten bereits gebucht.

Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 052, 16.03.2010, 27

Solarbranche bewährt sich im Umbruch

Deutschland reduziert die Förderung. Neue Märkte wie Indien sollen darüber hinweghelfen. Doch auch die Konkurrenz - etwa aus Japan - ist stark.

5

Das deutsche Fördersystem für erneuerbare Energien hat sich zu einem Exportschlager entwickelt - trotz der geplanten Kürzungen bei der Solarförderung. In vielen Ländern Europas aber auch Asiens wurde das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zumindest in Teilen kopiert, was zu einem Boom von Solar- und Windstrom in den jeweiligen Ländern geführt hat. Hohe Wachstumsraten weisen etwa Italien, Griechenland und Frankreich aus. Den größten Schub erwarten die Experten der Bank Sarasin allerdings in den USA und China.

Der rasante Zubau führte aber auch zu Verwerfungen. So war das Wachstum in Spanien derart rasant, dass die Regierung den Bau neuer Solaranlagen im Jahr 2008 deckelte. Jährlich dürfen nur noch Projekte mit einer Gesamtleistung von 500 Megawatt (MW) ans Netz gehen, ein Bruchteil von den im Jahr 2007 erreichten 2 600 MW. Auch in anderen Ländern lief der Absatz von Solaranlagen über den Erwartungen, weswegen sich die Regierungen zum Eingreifen gezwungen sahen. So wurde in Tschechien die Förderung bereits gedrosselt, in Italien steht die Entscheidung darüber noch aus. Auch im Mutterland des EEG sind Korrekturen geplant. Die Bundesregierung will die Fördersätze für Solarstrom um 16 Prozent zur Jahresmitte zurückschrauben. Mit dem Verfall der Modulpreise sind aus Sicht von Verbraucherschützern die Entgelte deutlich zu hoch, die die Betreiber von Solaranlage erhalten und die auf alle Stromkunden umgelegt werden.

Die Kürzungspläne sind innerhalb der schwarz-gelben Koalition umstritten. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) macht ebenso wie ein Reihe von ostdeutschen Ländern Front gegen die Kürzungen, die als überzogen kritisiert werden. Sie befürchten einen Abriss des Solarbooms, hat sich die deutsche Industrie mit Firmen wie Solarworld und Schott Solar zum Weltmarktführer aufgeschwungen.

Die Hoffnungen der deutschen Solarbranche ruhen nun auf einem stärkeren Export. Gute Perspektiven sehen Experten in Frankreich, das eine finanzielle attraktive Förderung eingeführt hat. Zudem seien dort die administrativen Abläufe effizient, haben die Analysten von Sarasin beobachtet. Ein nicht zu vernachlässigender Faktor, wird die Entwicklung des griechischen Solarmarktes durch langsame Behördenabläufe gebremst.

„Das Geschäft in Griechenland kommt wegen der lahmen Verwaltung nur schwer in Tritt“, sagt ein Solarmanager. Dies hat dramatische Folgen. Laut Sarasin wurden im Jahr 2008 von Anträgen über 3 000 Meagwatt nur elf Megawatt realisiert. Mit verkürzten Genehmigungsverfahren will die griechische Regierung nun die Grundlage schaffen, um bis zum Jahr 2020 knapp ein Drittel des Bedarfs durch erneuerbare Energien zu decken.

Quelle: Murphy, M., Handelsblatt, Nr. 052, 16.03.2010, 30